

Europäische Öffentlichkeit

Europa braucht mehr europäische Öffentlichkeit. Ohne europäische Öffentlichkeit gibt es keine europäische Gesellschaft, ohne europäische Gesellschaft keine europäische Demokratie und ohne europäische Demokratie kein wirklich vereinigtes Europa.

Dass wir vom Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit noch weit entfernt sind, liegt noch immer auch vor allem an der Sprache. Wir wissen zu wenig voneinander, weil wir zu wenig miteinander reden, zu wenig von einander lesen, zu wenig gemeinsame Zeitschriften oder Fernsehsendungen haben, deren Themen wir über die Ländergrenzen hinweg diskutieren. Politische, kulturelle, gesellschaftliche, nicht zuletzt auch praktisch-populäre Debatten spielen sich in nationalen Diskursen ab, die an die Sprache gebunden sind. So wundert es nicht, dass eine kleine Untersuchung der meistverkauften Sachbücher eine bunte Vielfalt präsentiert: In Deutschland ist es Kerkelings "Ich bin dann mal weg", in Polen sind es die Erinnerungen von Kardinal Dziwisz, in Frankreich ein Buch über die bedrückende Situation in den Schulen, in Italien über die unfassbaren Privilegien der Politiker und Staatsdiener. Lassen wir mal weg, dass in England zwei Ernährungsratgeber um die Spitzenposition ringen, so bleibt doch der Eindruck: heiß diskutiert, viel gelesen und von breiten Bevölkerungsschichten debattiert wird nach wie vor im nationalen Kontext und in Sprachgemeinschaften – und im Nachbarland bekommt man nichts davon mit.

Am Ende eines in der Bilanz doch spektakulären europäischen Jahres bleibt unser vergleichsweise unspektakulärer Beitrag zum Wachsen der europäischen Öffentlichkeit die Aufforderung, dass jeder Europäer drei Sprachen sprechen sollte: seine Muttersprache, Englisch und eine beliebige andere europäische Sprache. Damit zu beginnen oder vorhandene Fähigkeiten zu vertiefen – ein guter Vorsatz für 2008!

Stefan Vesper

13. Jg. Nr. 6 20. Dezember 2007

Inhalt

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I

Ein Gebot der Leitidee Fördern und Fordern

Peter Weiß 2

Arbeitsmarkt aus Arbeitnehmersicht

Wertedebatte über Wirtschaftssystem erforderlich

Ingrid Sehrbrock 4

Das katholische Deutschland seit 1800

Ein Biografisch-Bibliografisches

Online-Lexikon

Andreas Burtscheidt und Bernhard Frings 6

Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

Begabtenförderung im Cusanuswerk

Ingrid Reul 8

Pionier der jüdisch-christlichen Versöhnung

Ernst Ludwig Ehrlich

Hanspeter Heinz

10

Vision der Krippe

Stephan Ackermann

12

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I

Ein Gebot der Leitidee Fördern und Fordern

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I entspricht dem Leitgedanken einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Sie ist kein Widerspruch zur Agenda 2010.

Die wichtigste Nachricht vom Arbeitsmarkt ist, dass es endlich weniger Arbeitslose gibt. Gegenüber Ende 2005 gibt es 700.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mehr. Das bedeutet, dass 700.000 Menschen wieder die Chance haben, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das ist auch das Ergebnis einer "aktivierenden Arbeitsmarktpolitik". Wenn man die Leitidee "Fördern und Fordern" als "Hilfe zur Selbsthilfe für den Arbeitslosen" umformuliert, wird deutlich, dass diese Leitidee dem Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre sehr nahe steht.

Kein Fordern ohne Fördern

Das "Fordern" verweist auf die Verantwortung jedes einzelnen, beim Verlust seines Arbeitsplatzes sich aktiv bei der Suche einer neuen Beschäftigung zu beteiligen. Diese im Subsidiaritätsprinzip verankerte "subsidiäre Kompetenz" verweist auf die Verpflichtung der Gemeinschaft, die Kompetenz und Zuständigkeit des einzelnen Menschen zu respektieren, sofern dieser seine Aufgaben eigenständig und selbstverantwortlich bewältigen kann. Hier wird deutlich, dass im Subsidiaritätsprinzip neben dem "Fordern" auch immer das "Fördern" verknüpft ist. Dazu gehört auch die Zahlung von Arbeitslosengeld, um in der Phase der Arbeitssuche finanziell abgesichert zu sein. Diese "subsidiäre Assistenz" als "Hilfe zur Selbsthilfe" ist auf die Ermöglichung bzw. Wiederherstellung eigenverantwortlichen Handelns gerichtet.

Voraussetzung: Genügend Arbeitsplätze

Wichtigste Voraussetzung ist, dass entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Denn ohne ausreichende Arbeitsplätze wird die neoliberale Vorstellung, man müsse das Arbeitslosengeld und die sozialen Leistungen nur weit genug

absenken, um die "Arbeitsbereitschaft" zu steigern und wieder Vollbeschäftigung zu schaffen, zynisch und menschenverachtend. Denn das führt sie unweigerlich zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Gefährlich wird diese Vorstellung aber auch dann, wenn sie zur Verunsicherung ganzer gesellschaftlicher Gruppen führt. Umfragen belegen, dass trotz Wirtschaftswachstums und weitaus verbesserter Situation am Arbeitsmarkt die Unsicherheit bei Arbeitnehmern vor Verlust ihres Arbeitsplatzes sehr groß ist. Vor allem ältere Beschäftigte wissen viel zu genau, dass sie im Zweifelsfall nur 12 Monate (bzw. 18 Monate nach Vollendung des 55. Lebensjahres) von einer verhängnisvollen Abwärtsspirale entfernt sind und ihnen als Folge von Hartz IV Altersarmut droht.

Verlängerung des Arbeitslosengeldes I

Die Koalitionspartner haben nun vereinbart, die Zahlung des ALG I für ältere Arbeitslose zu verlängern. In Zukunft sollen bereits 50-jährige, die ihre Arbeit verlieren, 15 Monate lang Arbeitslosengeld I erhalten. Derzeit rutschen sie bereits nach einem Jahr ins Arbeitslosengeld II. Wer mindestens 55 Jahre alt ist, soll künftig 18 Monate ALG I bekommen – so wie heute auch. Profitieren soll, wer 58 Jahre und älter ist – für diese Personengruppe soll die BA 24 Monate ALG I zahlen.

Senkung der Lohnnebenkosten

Soziale Gerechtigkeit hängt aber nicht nur davon ab, wer im Falle von Arbeitslosigkeit welche Sozialleistungen erhält, sondern auch davon, dass möglichst Viele Arbeit haben. Dazu braucht man die Senkung der Lohnnebenkosten. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Große Koalition die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,2 Prozent gesenkt und beschlossen hat, sie zum 01.01.2008 weiter auf 3,3 Prozent abzusenken. Dies verbessert die Einnahmesituation Arbeitnehmern und senkt gleichzeitig die Kosten für Unternehmer.

Kein Widerspruch zur Agenda 2010

Während die beschlossene Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von den meisten gesellschaftlichen Gruppen begrüßt wurde, wird die Anhebung des ALG I für ältere Arbeitnehmern auch heftigst kritisiert. Die Kritiker warnen vor allem

davor, dass der durch die Agenda 2010 eingeschlagene Reformkurs verlassen und damit eine weitere Erholung am Arbeitsmarkt gefährdet wird. Denn die Höhe und die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes entscheiden mit darüber, ob man eine Arbeit annimmt oder nicht. Je länger das Arbeitslosengeld bezahlt wird, desto größer wird der Anreiz, ein Angebot auszuschlagen und weiterzusuchen. Letzten Endes nimmt dann die Langzeitarbeitslosigkeit zu. Dieser Zusammenhang ist empirisch belegt, entspricht jedoch nur der halben Wahrheit. Denn es ist hier auch zu berücksichtigen, dass ältere Arbeitslose weitaus länger als jüngere suchen müssen. So finden 20- bis 24-jährige im Schnitt schon nach 3,6 Monaten eine neue Arbeitsstelle, während dies bei den 55- bis 59-jährigen etwa 19,2 Monate dauert. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass eine Verlängerung des ALG I für ältere Arbeitnehmer nicht der Agenda 2010 widerspricht, sondern "Fordern" und "Fördern" wieder in die richtige Balance bringt. Man will auf keinen Fall die Rückkehr der alten Regelung mit einer maximalen Bezugsdauer von 32 Monaten. Denn dies führte zur massenhaften Frühverrentung auf Kosten der Sozialversicherungen. Die leichte Korrektur des ALG I wird nicht dazu führen. Denn mittlerweile ist die Frühverrentungspraxis deutlich erschwert. Das Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung Älterer wird deshalb mit der Verlängerung des ALG I nicht aufgegeben.

Versicherung mit Anwartschaftszeiten

Des Weiteren wird von den Kritikern der Verlängerung des ALG I-Bezugs für ältere Arbeitnehmer vorgebracht, dass unterschiedlich lange Bezugszeiten nicht dem System der Arbeitslosenversicherung entsprechen würden. Einigkeit besteht darin, dass das ALG I der Verteilungsgerechtigkeit entspricht. Verteilungsgerechtigkeit heißt hinsichtlich des Leistungs- oder Beitragsprinzips, dass das Verhältnis von erbrachtem Beitrag und Verteilungsmaß bei allen Personen gleich ist. Das ALG I ist eine Versicherungsleistung, auf die durch die erbrachten Beiträge erst ein Anspruch erworben werden muss. Im Fall der Arbeitslosigkeit wird mit dem ALG I der Lebensunterhalt sichergestellt. Die Höhe der Zahlung orientiert

sich dabei am letzten Verdienst des Betroffenen, also auch an seiner Beitragsleistung. Dies entspricht dem Äquivalenzprinzip und wird auch als gerecht empfunden.

Jedoch wird von den Kritikern der Staffelung der Dauer der ALG I Bezüge nach Lebensjahren eingewendet, dass die Arbeitslosenversicherung eine Risikoversicherung und keine Anspruchsversicherung ist. Das heißt, anders als bei der Rentenversicherung, bei der das Äquivalenzprinzip gilt, erwirbt man mit der Zahlung von Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung keine individuellen Anrechte auf eine bestimmte zukünftige Leistung. Die Idee, die hinter der Arbeitslosenversicherung steht, ist die, dass alle beitragspflichtigen Arbeitnehmer eine Solidargemeinschaft bilden, um eine eventuell eintretende Arbeitslosigkeit, die jeden treffen könnte, aber nur einen Teil treffen wird, finanziell abzuschichern. Die Arbeitslosenversicherung wird daher oftmals in ihrer Funktionsweise mit der Brandchutz-Versicherung verglichen, die unabhängig von den Jahren der Beitragszahlung immer im Versicherungsfall einspringt. Das ist auch gerecht, weil niemand bei Abschluss der Versicherung wissen kann, ob und wann ein Schaden eintritt. Die Brandchutzversicherung kennt daher keine Anwartschaftszeiten. Das unterscheidet sie aber von der Arbeitslosenversicherung, da hier eine Anwartschaftszeit von mindestens 12 Monaten erfüllt werden muss. Diese ist keine "reine" Risikoversicherung.

Eine Umorientierung der Arbeitsmarktpolitik von der mehr passiven Ausrichtung hin zur aktiven ist unabdingbar. Daher ist mit der Verlängerung des ALG I auch eine stärkere Bemühung verbunden, ältere Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen. Sie sollen entweder ein konkretes Arbeitsangebot oder einen Eingliederungsgutschein erhalten, um dessen Einlösung sie sich bemühen sollen. Gelingt ihnen dies nicht, erhalten sie das verlängerte Arbeitslosengeld. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt Vorrang vor dem passiven Leistungsbezug hat.

Peter Weiß MdB, Entwicklungspolitischer Sprecher des ZdK

Arbeitsmarkt aus Arbeitnehmersicht

Wertedebatte über Wirtschaftssystem erforderlich

Unter dem Titel "Mut zur Zukunft – Verantwortung des Einzelnen und des Sozialstaates angesichts neuer Risiken" liefert das ZdK einen Beitrag zur Debatte um die Reform des Sozialstaates. Ziel der Erklärung ist es, einen ethischen Kompass anzubieten, mit dem die anstehenden Fragen beurteilt werden können. Die Parallelen zwischen christlicher Sozialethik und der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft werden herausgearbeitet. Viel zu lange hat man in Deutschland die Sozialpolitik als nachgelagerten Reparaturbetrieb verstanden. Das ZdK fordert nun eine Sozialpolitik der Befähigung: Der Sozialstaat muss jede Einzelne und jeden Einzelnen dazu befähigen, seine Verantwortung wahrzunehmen. Dies kann nur mit einer integralen Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik gelingen. Im folgenden Beitrag beleuchtet Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des DGB und ZdK-Mitglied, die Risiken des Arbeitsmarktes und deren Bewältigung aus Sicht eines Arbeitnehmers. Diese Reihe von Aufsätzen, die die Erklärung "Mut zur Zukunft" aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten, werden wir in den folgenden Ausgaben der Salzkörner fortsetzen.

Zeitarbeiter sind am wenigsten zufrieden. 56 Prozent bewerten im DGB-Index Gute Arbeit ihre Arbeitsbedingungen als schlecht. Nur 12 Prozent der Beschäftigten insgesamt sind in Deutschland mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden. Während sich die Verantwortlichen in der Politik derzeit über die steigende Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen freuen, fragt der Deutsche Gewerkschaftsbund nach der Qualität der Arbeitsplätze – und erfährt wenig Erfreuliches.

Risiko: Arbeitslosigkeit

Aber der Reihe nach. Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist für gering oder gar nicht Qualifizierte

zwar deutlich höher als für Facharbeiter und Hochschulabsolventen. Aber die Sorge, arbeitslos zu werden, ist weit in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die kurzen Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld I haben die Angst vor Arbeitslosigkeit enorm verstärkt. Der Wechsel zu "Hartz IV" wird als Absturz wahrgenommen. Ergebnis dieser Politik ist, dass heute Arbeitsbedingungen akzeptiert werden, die vor fünfzehn Jahren noch unvorstellbar gewesen wären.

Risiko: Ausbeutung

So ist es auch nicht verwunderlich, dass ein weiteres Risiko mittlerweile darin besteht, ausgebeutet zu werden. Dabei ist die Form der Ausbeutung ganz unterschiedlich. Seit einigen Jahren können immer mehr junge Leute die Erfahrung sammeln, dass ein "Praktikum" nicht mehr für "lernen", sondern für "schlecht bezahlt oder unbezahlt" steht. Solche Praktika nach dem Studienabschluss stellen keine Ausnahme mehr dar, sie entziehen den Sozialsystemen notwendige Einnahmen und verlängern die wirtschaftliche Abhängigkeit der nicht mehr ganz jungen Leute von ihren Eltern. Der prekäre Berufseinstieg junger Hochschulabsolventen dauert immer länger.

Mindestlohn

"Arm trotz Arbeit" beschreibt allerdings die bittere Realität vieler Erwerbstätiger. Immer mehr Beschäftigte müssen zu ihrem Lohn ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen. Viele Tätigkeiten – oft in typischen Frauenberufen, wie z. B. Friseure, aber auch im Sicherheitsgewerbe – garantieren trotz Vollzeittätigkeit keinen existenzsichernden Lohn mehr. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde hier helfen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit rund 70 Prozent der Bevölkerung die Auffassung, dass es mittlerweile auch in Deutschland dringend nötig ist, mit Mindestlöhnen Dumpinglöhne zu verhindern.

Doch statt die Erfahrungen der 20 anderen EU-Staaten mit Lohnuntergrenzen zu nutzen, verbreiten die Gegner eines Mindestlohns in Deutschland Angst vor Arbeitsplatzverlusten. Sie beleidigen auch die Betroffenen, wer beispielsweise Zimmer reinigt, Gebäude bewacht oder Haare schneidet, übt nicht per se unqualifizierte Tätigkeiten aus, mit der man nicht mehr verdienen kann. Tatsache ist, dass notwendige Arbeiten verrichtet

werden, für die man größtenteils eine Ausbildung braucht. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass ein Mindestlohn nicht unter 7,50 Euro die Stunde in Deutschland endlich umgesetzt wird.

Arbeitsbedingungen

Ein weiteres Problem des deutschen Arbeitsmarktes sind die Arbeitsbedingungen. Die vielfach gepriesene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse hat sich zur einseitigen Belastung für die Arbeitnehmer entpuppt. Prekäre Formen der Beschäftigung, wie befristete Arbeitsverträge, ungewollte Teilzeitarbeit oder Minijobs ersetzen in steigendem Maße normale sozialversicherungspflichtige Vollzeitverhältnisse. Besonders unfair ist die Praxis, Arbeitnehmer in Servicegesellschaften zu überführen, um sie dann über ein Zeitarbeitsunternehmen wieder zurück zu leihen. Für deutlich weniger Geld arbeiten sie oft auf dem gleichen Arbeitsplatz wie vorher.

"Fair statt prekär" muss stattdessen die neue Marschrichtung lauten. Es ist nicht nur für die betroffenen, Arbeitnehmer entwürdigend, ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen zu müssen. Es geht auch volkswirtschaftlich nicht auf, dass schlecht zahlende Unternehmen sich die Löhne ihrer Mitarbeiter über die Solidargemeinschaft subventionieren lassen.

Projektverträge statt Arbeitsverträge, Solo-Selbständigkeit statt Angestelltenverhältnis, unfreiwillige Teilzeit statt Vollzeit sind weitere Veränderungen der Arbeitswelt. Hier wird ein anderes Problem deutlich: Unsere sozialen Sicherungssysteme – allen voran die gesetzliche umlagefinanzierte Rentenversicherung – sind auf das Normalarbeitsverhältnis ausgerichtet. Monatliche regelmäßige Einzahlungen sind die Basis. Diese "neuen" Arbeitsverhältnisse bringen die sozialen Sicherungssysteme in die Schieflage.

Wertedebatte zu Wirtschaftssystem

Es ist auch eine Wertedebatte über unser Wirtschaftssystem nötig, bei der die mündigen Verbraucher im Mittelpunkt stehen. Es darf nicht immer nur nach dem Preis einer Ware oder Dienstleistung gefragt werden. Genauso muss gefragt werden: Werden die Menschen, die das Produkt fertigen oder die Dienstleistung erbringen, so or-

dentlich bezahlt, dass sie davon leben können? Der DGB macht sich als Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) dafür stark, dass zumindest die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden. Wichtig ist aber auch, dass jeder Einzelne als Verbraucher bewusste Entscheidungen trifft. Wir brauchen auch international einen Rahmen, der Freiheit und Verantwortung miteinander verzahnt.

Ein Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft sind gerechte Löhne. Arbeitnehmer sollen am Gewinn ihres Unternehmens und am Wohlstand ihres Landes partizipieren. "Wenn es dem Unternehmen gut geht, geht es auch den Arbeitnehmern gut" lautete eine der alten Überzeugungen in der Bundesrepublik. Der natürliche Interessenkonflikt zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verlief über betriebliche und Unternehmensmitbestimmung in relativ geordneten Bahnen. Dieses Vertrauen ist inzwischen erschüttert. Während die Gewinne sprudeln, finden im gleichen Unternehmen Entlassungen statt, wird Lohnzurückhaltung gepredigt und die Wochenarbeitszeit erhöht. Die Drohung von Arbeitsplatzabbau und Standortverlagerung hat Gewerkschaften und Betriebsräte unter Druck gesetzt.

Seit dem überraschenden "Konjunkturereinbruch" für neoliberale Konzepte seit Herbst 2005 ist wieder etwas Bewegung in der Diskussion. Es wird wieder hingehört, wenn man betont, dass "arbeiten" nicht nur bedeutet "beschäftigt sein", sondern auch "Geld verdienen", Selbstvertrauen gewinnen, kreativ sein. Insbesondere jüngere Leute wünschen sich einen stärkeren Einfluss von Gewerkschaften. Gewerkschaften werden wieder positiver gesehen.

Zeitarbeiter sind am wenigsten zufrieden, hat der DGB-Index Gute Arbeit herausgefunden. Das verwundert nicht, denn Zeitarbeit heißt unsichere Arbeitsbedingungen, keine Weiterbildung, unklare Zuständigkeiten für Arbeitsschutz und Sicherheit, heißt hohe Flexibilität bei meist schlechter Bezahlung. Die Gewerkschaften gehen die Probleme der Zeitarbeiter an. Ziele sind gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen – und weniger Zeitarbeit.

Ingrid Sehrbrock, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, Mitglied des ZdK

Das katholische Deutschland seit 1800

Ein Biografisch-Bibliografisches Online-Lexikon

Wer heute fundierte Informationen gerade auch zu weniger prominenten katholischen Persönlichkeiten der letzten 200 Jahre sucht, muß den mühsamen Weg der Recherche in verschiedensten fachspezifischen Publikationen gehen und bleibt doch des Öfteren ohne Ergebnis. Den bisher letzten Versuch, das katholische Deutschland bio-bibliografisch zu erfassen, unternahm das 1933 in Augsburg erschienene Lexikon von Wilhelm Kosch. Dieses blieb jedoch unvollständig und ohne Fortführung. Gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für intelligente Analyse und Informationssysteme in Sankt Augustin und dem Fachbereich Computerlinguistik der Universität Duisburg-Essen arbeitet die Bonner Forschungsstelle der Kommission für Zeitgeschichte (KfZG) momentan an einem neuen, nun webbasierten biografisch-bibliografischen Lexikon des katholischen Deutschland seit 1800.

In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der "E-Science"-Initiative geförderten interdisziplinären Forschungsprojekt WIKINGER (WIKI Next Generation Enhanced Repository) soll bis zum Herbst 2008 eine Arbeitsplattform entstehen, die die Bearbeitung wissenschaftlich fundierter Beiträge ermöglichen wird. Durch einen strukturierten Zugriff auf die vorgegebenen Daten mithilfe von semantischen Netzen und der Wiki-Technologie soll eine – im Unterschied zu dem Online-Lexikon Wikipedia – qualifizierte und autorisierte Forschergemeinde (Community) im gemeinsamen effektiven Zusammenwirken eine kontinuierlich wachsende Zahl an Biogrammen für einen größeren Nutzerkreis erstellen.

Datenbasis

Als wesentliche Datenbasis dienen zunächst die biografischen Informationen, die aus den bisher-

igen und künftigen "Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte" ("Blaue Reihe") gewonnen werden können. In bislang über 160 Bänden liefert die KfZG seit über 40 Jahren wichtige Quelleneditionen und Monografien für die zeitgeschichtliche Katholizismusforschung – auf gut 65.000 Druckseiten finden circa 48.000 Personen eine namentliche Erwähnung. Zu vielen Namen liegen schon jetzt standardisierte Kurzbiogramme sowie weitere personenbezogene Informationen in den Fließtexten vor. Hinzu kommen 12.000 Datensätze aus dem Bestand des ZdK zu Katholikentagsrednern seit 1848, ZdK-Mitgliedern seit 1952 oder Teilnehmern der Gemeinsamen Synode mit nochmals 5.000 Personennamen. Nach der bereits erfolgten Digitalisierung der "Blauen Reihe" und einer künftigen semantischen Vernetzung der gesamten für die Biogramme erheblichen Informationen kann die Forschergemeinde die Daten schnell nutzen. Außerdem bietet das KNA-Bildarchiv zur Ergänzung der Biogramme zahlreiche Porträtfotos für die Zeit seit 1945, die integriert werden können.

Vorteile und Gewinn

Im Vergleich zu den bisherigen lexikalischen Angeboten, die man vielfach auch bereits online vorfindet, wird das neue Lexikon des katholischen Deutschland wesentlich spezialisierter und im Gegensatz etwa zum Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon (Bautz) auch für lebende Personen offen sein. Insgesamt handelt es sich um einen Personenkreis aus dem deutschsprachigen Raum, der innerhalb der kirchlichen Hierarchie, des politischen und sozialen sowie des Verbandskatholizismus oder in Wissenschaft und Publizistik eine wesentliche Rolle gespielt hat oder spielt. Von Interesse sind – nicht nur für vielfach regional ausgerichtete Forschungsprojekte – die Protagonisten der zweiten und dritten Reihe, die aufgrund ihres Wirkens eine bedeutende, aber räumlich begrenzte Strahlkraft erlangt haben, wie es z.B. die in der "Blauen Reihe" schon erfassten etwa 12.000 Kurzbiogramme zu den "Priestern unter Hitlers Terror" vermuten lassen.

Darüber hinaus ist es ein wichtiges Anliegen, durch die semantische Verknüpfung der Informationen in den Biogrammen auch Netzwerke aufzuzeigen. So ließe sich – eine ausreichende Zahl von Artikeln

vorausgesetzt – zeigen, wer zu einer bestimmten Zeit mit wem in einer Organisation tätig war oder welche Personen in einem Bistum ein bestimmtes Amt inne hatten.

Ein weiterer Gewinn liegt in der klar strukturierten Gestaltung der Biogramme, die im Idealfall eine kurze tabellarische "Visitenkarte" mit den wesentlichen Lebensdaten, einen im Umfang begrenzten, in den historischen Kontext einordnenden Abschnitt sowie ein Verzeichnis der Literatur von bzw. über und u. U. auch Quellen der beschriebenen Persönlichkeit enthalten. Auf diese Art und Weise sind sowohl ein rasches Abfragen von Informationen wie auch eine intensivere Beschäftigung mit der jeweiligen Person möglich.

Community

Außer der Funktionalität der Wiki-Plattform hängt der Erfolg des Projekts entscheidend vom Aufbau und Einsatz der wissenschaftlichen Community ab. Deshalb sollen bereits auf Grundlage des in Kürze verfügbaren ersten Prototyps der Plattform eine Testnutzung durch eine Pilotgruppe durchgeführt und danach verstärkt Interessenten in deren Arbeitsweise eingeführt werden. Zur Bildung der Community ist vorgesehen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kirche, Politik und Gesellschaft zu gewinnen. Professoren für Neuere und Neueste Geschichte, Kirchengeschichte und Politikwissenschaften an deutschen und ausländischen Universitäten mit ihren Mitarbeitern sind ebenso eingeladen wie die Autoren der "Blauen Reihe" oder die Diözesan- und Ordensarchivare. Auch zählen kooperative Institute und Einrichtungen aus dem kirchlichen wie dem geschichtswissenschaftlichen Bereich zu den vorgesehenen Ansprechpartnern. Redakteure in (Kirchen-)Presse sowie bei Rundfunk und Fernsehen könnten ebenfalls der Forschergemeinschaft angehören.

Die konkrete Aufgabe der autorisierten Mitglieder der Community besteht in der Abfassung der Biogramme. Dabei können sie vielfach auf die bereits auf der Plattform in unterschiedlicher Dichte vorhandenen oder schnell zu recherchierenden Daten über die jeweilige Person zurückgreifen und diese aus dem eigenen Wissensschatz

gegebenenfalls ergänzen. Neben dieser wichtigen, in der Regel mit überschaubarem Aufwand vorzunehmenden Komplettierung der wesentlichen Informationen lassen sich etwa auch die Ergebnisse eigener Forschungen einbringen. Die gemeinsame Bearbeitung eines Biogramms durch mehrere Autoren wie auch der Austausch über ein Diskussionsforum bieten hier die Chance, Lücken zu schließen und Unklarheiten zu beseitigen. Damit ist von einer hohen Qualität der Ergebnisse auszugehen. Gegenüber den Wikipedia-Artikeln zeichnen sich die Beiträge im neuen Lexikon zudem grundsätzlich durch die namentlich nachvollziehbaren Bearbeitungsschritte aus dem Kreis der Community aus.

Planungen

Die eigentliche lexikalische Arbeit kann erst nach Abschluss des Projekts Ende 2008 beginnen, wenn die technischen Voraussetzungen für die virtuelle Arbeitsplattform geschaffen sind. Eine dafür von der KfZG eingerichtete Online-Redaktion soll dann die wissenschaftliche Community und die entstehenden biografischen Artikel betreuen. Dies erscheint auch im Hinblick auf eine gewisse Einheitlichkeit der Artikel und eine Qualitätskontrolle erforderlich. Außerdem muss die Sicherstellung der technischen Belange auf Dauer gewährleistet sein. Hinsichtlich künftiger Umsetzungsstrategien steht die KfZG mittlerweile in einem kontinuierlichen Informationsaustausch mit potentiellen Partnern.

Bei dem angestrebten Ziel, auf Basis der bislang auszuwertenden Daten mittelfristig 8.000-10.000 Biogramme für das Lexikon zu erstellen, wird deutlich, dass es sich um ein kontinuierlich wachsendes Vorhaben handelt. Der durch das Engagement einer möglichst großen und ebenfalls zunehmenden Community zu erwartende Gewinn dürfte nicht nur der zeitgeschichtlichen Katholizismusforschung, sondern einem breiter angelegten Nutzerkreis zu Gute kommen.

*Dr. Andreas Burtscheidt und Dr. Bernhard Frings,
Wissenschaftliche Mitarbeiter an der Forschungsstelle
der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn*

→burtscheidt@kfzg.de

→frings@kfzg.de

Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

Begabtenförderung im Cusanuswerk

Das Cusanuswerk ist das Begabtenförderungswerk der katholischen Kirche in Deutschland und fördert besonders begabte katholische Studierende aller Fachrichtungen. Wesentlicher Bestandteil der Förderung ist – neben einem monatlichen Stipendium – ein umfassendes, interdisziplinär angelegtes Bildungsprogramm, das in der Diskussion über Wissenschaft und Glaube, Gesellschaft und Kirche die Verantwortungsbereitschaft und die Dialogfähigkeit der Stipendiatinnen und Stipendiaten stärken will.

Gesellschaftliche Verantwortung

Mit der Gründung des Cusanuswerks im Jahr 1956 gab die Deutsche Bischofskonferenz der Mitverantwortung, die die katholische Kirche für die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland trägt, einen Rahmen. Die Gründung geschah in der Überzeugung, dass die gesellschaftlichen Teilbereiche von Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Kultur der produktiven Konkurrenz wertgebender Eliten bedürfen.

Heute – in Zeiten schwieriger Studienfinanzierung – ist die Arbeit des Cusanuswerks wichtiger denn je. In 50 Jahren förderte das Cusanuswerk mehr als 5000 Stipendiatinnen und Stipendiaten; aktuell werden etwa 700 Studierende während des Studiums und mehr als 200 Promovierende jährlich unterstützt. "Begabtenförderung ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes", sagt Bundesministerin Dr. Annette Schavan, die früher selbst Leiterin des Cusanuswerks war. Und sie fügt hinzu: Die Erfahrungen, die Stipendiatinnen und Stipendiaten in der ideellen Förderung machen, sind unbezahlbar.

Finanzielle und ideelle Studienförderung

Förderung durch das Cusanuswerk: Das ist zum einen die finanzielle Unterstützung während des Studiums und der Promotion. Das Cusanuswerk vergibt staatliche Fördermittel, deren Höhe sich an den Leistungen des BAFöG orientiert, und er-

möglicht damit eine von Jobsuche und zusätzlicher Arbeitsbelastung unabhängige Konzentration auf das Studium.

Besonders wichtig ist daneben die ideelle Förderung, die sich in einer Vielzahl von Bildungsveranstaltungen und Gesprächsangeboten zeigt. Je mehr die Spezialisierung und Ausdifferenzierung von Studiengängen zunimmt, desto wichtiger wird es, dass sich Studierende verschiedenster Fachrichtungen austauschen und gemeinsame Sprachen finden, dass sie über politische Problemkonstellationen und Optionen nachdenken, dass sie für ästhetische Phänomene sensibilisiert werden und sich Handlungsräume schaffen.

Dies geschieht im Gespräch über die Grenzen des eigenen Faches hinaus, in der Konfrontation mit aktuellen Themen wie in der Begegnung mit anderen Biografien. Die Frage nach grundlegenden Orientierungen für wissenschaftliches und gesellschaftliches, berufliches und persönliches Handeln steht im Mittelpunkt der Förderungsarbeit des Cusanuswerks. Dazu gehört wesentlich die Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben.

Orte der Begegnung

Ein besonderes Angebot ist die individuelle Beratung für Studierende – beispielsweise im Rahmen der tutoralen Begleitung durch die Referentinnen und Referenten der Bonner Geschäftsstelle und im Gespräch mit Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten am jeweiligen Hochschulort. "Förderung im Cusanuswerk bedeutet für mich, auf meinem Weg durch das Studium begleitet zu werden, Unterstützung zu erfahren, aber auch selbst mitwirken zu können", sagt die Stipendiatin Birgitta Krumrey; wichtig ist für sie auch, "neue Freundschaften schließen und interessanten Menschen begegnen zu können".

Orte der Begegnung finden die Stipendiatinnen und Stipendiaten vor allem auf Ferienakademien im In- und Ausland, auf Graduiertentagungen und Workshops.

Die vierzehntägigen Ferienakademien stehen unter dem Anspruch eines studium generale und erfreuen sich besonderer Beliebtheit: Studierende der verschiedensten Fachrichtungen kommen miteinander ins Gespräch über Grundfragen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, über Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft

und Kultur sowie über zentrale Aspekte von Theologie und Glaube. In Plenumsvorträgen, Diskussionen und Arbeitsgruppen besteht so die Möglichkeit, sich mit Professoren, gesellschaftlichen Entscheidungsträgern und Fachleuten aus unterschiedlichen beruflichen Feldern auseinander zu setzen.

Darüber hinaus gestalten die Stipendiatinnen und Stipendiaten während der Akademien ein begleitendes Programm mit eigenen Referaten über Themen aus ihren Studienfächern oder ihren Interessensgebieten sowie mit kulturellen und sportlichen Aktivitäten. Gastvorträge und Exkursionen ergänzen das Programm. Marc Frings, Student der Politikwissenschaft in Marburg, schätzt diese Möglichkeit zum Austausch: "Die Förderung weitet die Grenzen der eigenen Entwicklung um spannende Erfahrungen, nicht nur bei kontroversen Debatten über gesellschaftliche und philosophische Themen, sondern auch und gerade durch die Verbundenheit im Glauben."

Engagement in Fachschaften

Studierende und ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten sind in Fachschaften zusammengeschlossen, die jeweils in eigener Verantwortung Tagungen planen und durchführen. Im Gespräch mit ausgewählten Fachreferentinnen und -referenten werden hier Themen erörtert, die von hoher Brisanz sind und über den üblichen Kanon der Studieninhalte hinaus reichen. Für die Fachschaftsleiterinnen und -leiter eröffnet sich in der Vorbereitung und Durchführung ihrer Tagung der meist verschlossene Freiraum, eine wissenschaftliche Veranstaltung in organisatorischer wie inhaltlicher Freiheit und Eigenverantwortung zu gestalten. Die Stipendiatin Eva Hannewald sieht darin eine Besonderheit cusanischer Förderung: "Der Austausch im Cusanuswerk stärkt und motiviert mich, etwas zu bewegen, neue Impulse zu setzen und meinen Glauben mit neuen Erkenntnissen zu leben." Sich diesem besonderen Bildungsprozess zu stellen, sind ausdrücklich auch die studierenden Fachschaftsmitglieder eingeladen.

Hochschulgruppen: Kontakte am Studienort

Am jeweiligen Hochschulort sind die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Cusanuswerks in einer Hochschulgruppe organisiert, die eigenverant-

wortlich ein Semesterprogramm gestaltet. Regelmäßige Treffen bieten Gelegenheit, eigene Projekte vorzustellen oder Ortstermine in der Stadt wahrzunehmen. Auch wer neu ist am Studienort, findet auf diese Weise schnell Kontakt.

Studium und Beruf

Workshops der Reihe "Studium und Beruf" widmen sich Fragen des späteren beruflichen Handelns. Während das Studium in erster Linie fachliche Kompetenz vermittelt, werden in diesen Veranstaltungen zusätzliche Qualifikationen thematisiert. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach den Kriterien ethischer Urteilsbildung, die an konkreten Beispielen diskutiert werden.

Geistliches Angebot

Das geistliche Programm mit seinen unterschiedlichen Formen von Besinnungstagen und Exerzitien versteht sich als Einladung an studierende, promovierende und ehemalige Stipendiatinnen und Stipendiaten, innezuhalten und aufmerksam zu werden auf die eigene Person, die tragenden Orientierungen des Lebens und die Beziehung zu Gott. Sie geben Raum, um zur Ruhe zu kommen, um die Beziehung zu sich selbst und zur eigenen Lebensgeschichte, die Beziehung zu anderen Menschen und die Beziehung zu Gott zu reflektieren. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, das eigene Leben aus der Perspektive der befreienden Botschaft des Evangeliums wahrzunehmen.

Verbindung mit den Ehemaligen

Die ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten haben die Möglichkeit, einander bei Regionaltreffen wieder zu begegnen und gemeinsam über gesellschaftliche Entwicklungen zu reflektieren. Sie stehen den Studierenden zu beratenden Gesprächen zur Verfügung, gestalten Veranstaltungen mit und unterstützen die Arbeit des Cusanuswerks auch finanziell.

Bewerbung

Nähere Informationen zu den einzelnen Förderbereichen, zu Bewerbungsfristen und Auswahlverfahren sind zusammengestellt unter
→ www.cusanuswerk.de.

Dr. Ingrid Reul, Referentin im Cusanuswerk

Pionier der jüdisch-christlichen Versöhnung

Ernst Ludwig Ehrlich

Am 21. Oktober 2007 ist im Alter von 86 Jahren Ernst Ludwig Ehrlich, eine herausragende Persönlichkeit der jüngsten Zeitgeschichte Und Mitbegründer des Gesprächskreises Juden und Christen beim ZdK, in seiner Baseler Wohnung gestorben.

Er war ein Mann von großer Ausstrahlung, umfassendem Wissen und außergewöhnlichem politischen Geschick. Er hatte sich ein weit verzweigtes Netzwerk tragfähiger Beziehungen geknüpft zu maßgeblichen Persönlichkeiten und Institutionen der jüdischen Welt, der Kirchen und der Politik im deutschen Sprachraum und weit darüber hinaus. Dabei kam ihm auch seine Funktion als Europäischer Direktor von B'nai B'rith zugute, besonders für den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Osteuropa nach 1989. Ehrlich wusste Vertrauen zu schaffen, weil er zuverlässig, ehrlich war. Und vor allem: Lutz, wie ihn seine Freunde nannten, hatte eine besondere Begabung für Freundschaften. Den anderen verstehen, war sein Motto. Als ich ihn knapp drei Wochen vor seinem Tod besuchte, wiederholte er mit schwacher Stimme, aber großem Nachdruck: "Die Freundschaft bleibt!"

Prägungen

Geprägt haben ihn vor allem drei Ereignisse: die "Reichskristallnacht" 1938, das Studium an der Berliner Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums unter seinem verehrten Lehrer Rabbiner Leo Baeck und das Zweite Vatikanische Konzil.

Hatte er schon als Schüler persönliche Anfeindungen und Schikanen erfahren und war sein Vater vermutlich infolge beruflicher Degradierung 1936 gestorben, so nahm dem 17jährigen das November-Pogrom in Berlin alle Illusionen. Er wusste, dass nunmehr die Vernichtung des Judentums besiegelt war, und suchte mit seinem unbesiegbaren Lebenswillen seine Mutter und sich selbst zu retten. Auf abenteuerlichen Wegen gelang ihm die Flucht von Berlin in die Schweiz, seiner Mutter leider nicht. Trotz aller Unmenschlichkeit hat

er sich den Glauben an Menschen stets bewahrt und nach dem Krieg unermüdlich nach Menschen gesucht und sie gefunden, die sich mit ihm für die Erneuerung des Judentums und die Zusammenarbeit von Juden und Christen in Wort und Tat einsetzten.

Die Studien bei Leo Baeck hat Ehrlich unverzüglich nach seiner Flucht in die Schweiz fortgesetzt und sich als Wissenschaftler international einen Namen gemacht. Er war ein ebenso herausragender Kenner des Judentums wie der Geschichte und Religion des Christentums, das er von innen her verstand. Sein immenses wissenschaftliches, religiöses und politisches Wirken fand seine Anerkennung in vielen hohen Auszeichnungen. Zu Recht wurde er mit drei Ehrendoktoren und einer Honorarprofessur ausgezeichnet sowie mit dem Leo-Baeck-Preis, der Buber-Rosenzweig-Medaille und dem Klaus-Hemmerle-Preis.

Brückenbauer

Das Konzil, bei dessen Judenerklärung "Nostra aetate 4" er als Berater von Kardinal Bea beteiligt war, galt ihm zusammen mit dem Wirken von Papst Johannes Paul II. als unumkehrbarer Wendepunkt von der unchristlichen Judenfeindschaft zur Aussöhnung der Kirchen mit dem Judentum. Mit Konzil und Papst war er der Überzeugung, das Christentum würde ohne die Verwurzelung im biblischen und nachbiblischen Judentum seine Identität verraten, sich selbst zerstören. Im deutschen Sprachraum, in Europa und auf internationaler Ebene war Ehrlich dank seiner wissenschaftlichen und politischen Begabung ein stets gefragter Experte und Brückenbauer zwischen Juden, Protestanten und Katholiken. Beim Bamberger Katholikentag 1966 war er als erster jüdischer Redner eingeladen und hat fortan bei fast allen Katholiken- und Evangelischen Kirchentagen mitgewirkt. Ein besonders wichtiges Wirkungsfeld war ihm der Gesprächskreis "Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, zu dessen Mitbegründer er mit Klaus Hemmerle zählte und dessen Verlautbarungen und Reisen nach Israel und in andere Länder er maßgeblich prägte.

Lernprozesse

1988 waren er und Rabbiner Marcel Marcus als die ersten Juden zu einer Vollversammlung des ZdK eingeladen – eine Sternstunde dieses Gremiums.

Bei der bewegenden Aussprache über unsere Erklärung "Nach 50 Jahren – wie reden von Schuld, Leid und Versöhnung?" sagte er:

"Ich gehöre im Unterschied zu meinem Freund Marcus der Generation an, die die NS-Zeit in Deutschland bis 1943 in Berlin erlebt hat, und ich wurde durch Katholiken gerettet, die für mich ihr Leben riskierten. Ich glaube, die Biographie spielt bei diesen Problemen eine besondere Rolle. Meiner Mutter gelang diese Rettung nicht. Das stellt mich in eine spezifische Situation und das erfordert auch, dass wir miteinander tiefer darüber nachdenken, warum sich damals diese Solidargemeinschaft nicht ergeben hat. Wir wollen einander verstehen lernen, nicht andere beschuldigen, besonders, wenn sie heute nicht mehr leben.

Seit 17 Jahren stehen wir in einem gegenseitigen Lernprozess. Und das Ergebnis sind nicht so sehr theologische oder politische Ergebnisse, sondern menschliche Beziehungen, die nach außen strahlen. Wesentlich dabei wird in der Zukunft das Einbeziehen jüngerer Menschen sein, die die NS-Zeit nicht selber erlebt haben. Wir sollen bitte eines wissen: Dieser Gesprächskreis ist das einzige jüdisch-katholische Gremium dieser Art in Europa. Es ist also etwas Kostbares, das wir hüten sollten, zumal auf internationaler Ebene in letzter Zeit Probleme aufgetaucht sind, besonders in Amerika, die nicht nur eine Seite verschuldet hat. Wir haben daher eine besondere Aufgabe, nicht nur wegen der Geschichte dieses Landes, sondern auch wegen unserer gemeinsamen Erfahrungen, die wir gerne weitergeben wollen, nicht als Schulmeister, sondern als Menschen, die über ihr gemeinsames Tun Rechenschaft geben können. Wir wären froh, wenn wir damit in unsere beiden Gemeinschaften einwirken könnten, um Fremdes zu überwinden. Das Ziel wäre, dass wir trotz aller geistigen Trennung, die bleiben wird, zu einem gemeinsamen 'Wir' kommen, einer Solidarität, die früher fehlte und die wir durch diese Erklärung fördern möchten.

Lassen Sie mich das an drei Beispielen aufzeigen. [...] Drittes Beispiel: Es betrifft meinen Freund Bischof Hemmerle. Wir haben beim Katholikentag 1980 miteinander einen Bußgang von der Stelle aus gemacht, wo meine Mutter deportiert worden ist. Da hat Bischof Hemmerle folgendes gesagt: 'Ich habe mir eine Rede für diesen Ort vorbereitet. Ich kann jetzt diese Rede so nicht

mehr halten. Ich muss etwas anderes sagen.' Das ist ein Verstehen, von dem ich hoffe, dass es weitergehen wird. Dieses Verstehen gibt mir die Hoffnung für uns alle, für Juden und Christen gleicherweise."

Ein biblischer Mensch

In seinem ganzen Wirken zeichneten Ernst Ludwig Ehrlich, diesen originären Denker und Pionier der christlich-jüdischen Versöhnung, ausgesuchte Höflichkeit aus, der konsequente Wille, Gemeinsamkeiten und zukunftsweisende Zeichen höher zu schätzen als Differenzen und Enttäuschungen, sowie die unpolemische, aber klare Markierung unüberbrückbarer Unterschiede. Er argumentierte stets in großer Freiheit, nie verletzend, immer konstruktiv. Nur bornierten Zeitgenossen begegnete er mit deutlicher Zurückweisung.

Als verpflichtendes Vermächtnis bleiben mir persönlich seine Freundschaft und der unbeirrbare Glaube dieses biblischen Menschen. Bei unserer letzten Begegnung zitierte ich ihm den Psalmvers "Du leitest mich nach deinem Ratschluss, hernach nimmst du mich auf in Herrlichkeit" (Ps 73,24). Auf meine Frage: "Stimmt das?" war seine Antwort: "Zu hundert Prozent!"

Prof. Dr. Hanspeter Heinz, Vorsitzender des Gesprächskreises Juden und Christen beim ZdK

Ernst Ludwig Ehrlich gehörte er zu den Gründern des Gesprächskreises "Juden und Christen" beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Auf dem Augsburger Pfingsttreffen von 1971 suchte er nach katholischen Partnern für einen institutionalisierten Dialog zwischen Juden und Christen und traf dort auf Prof. Klaus Hemmerle, den damaligen Geistlichen Direktor des ZdK, der dort nach jüdischen Dialogpartnern Ausschau hielt. Noch im gleichen Jahr wurde der Gesprächskreis gegründet, in dem bis heute Juden und Christen gemeinsam theologische Erklärungen erarbeiten und beantworten. Daneben hat der Gesprächskreis seit seiner Gründung die jüdisch-christlichen Dialogprogramme auf den Deutschen Katholikentagen entworfen und in vielen Reisen Kontakt zu Juden und Christen anderer Länder gesucht.

Die Vision der Krippe

Zu meinen persönlichen Ritualen der Weihnachtszeit gehört ein Abstecher in die Kirche der heimatlichen Benediktinerabtei Maria Laach. Die Krippe dort hat es mir angetan: die großen Figuren aus Ton, eingebettet in eine überlebensgroße Landschaft aus Tannen, Schilfgras und weiß blühenden Christrosen im Moosboden. Wenn ich vor dieser Krippe stehe, staune ich immer wieder über ihre Ordnung und die Ruhe, die von ihr ausgeht. Ähnliches gilt für alle Krippendarstellungen: Mögen sich in ihnen noch so viele Figuren befinden, jede hat ihren besonderen Platz. Alles steht in einträchtiger Harmonie: die Personen, die Natur, die Tiere.

Schaut man länger hin, kann einem die Ordnung geradezu unheimlich vorkommen. Wo gibt es denn sonst eine solche Ordnung? Kein Familienwohnzimmer ist an Weihnachten so ordentlich. Ganz zu schweigen von der Welt "draußen". Zu viel ist und bleibt, auch an Weihnachten, ungeordnet. Wir brauchen nur an Afghanistan, das Hl. Land, den Sudan denken. Doch auch der Blick auf die Verhältnisse im eigenen Land kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade in den letzten Jahren vieles aus den Fugen geraten ist. Alte Ordnungssysteme funktionieren nicht mehr so recht: der Arbeitsmarkt, das Gesundheits- und das Sozialwesen, auch überkommene kirchliche Strukturen. Wie schwer tun wir uns mit einer Neuordnung. Es ist etwas dran an dem bitter-ironischen Satz: "Wir bekommen immer mehr Ordnungen, aber wir haben immer weniger Ordnung."

Unsere wohlgeordneten Weihnachtskrippen stellen dazu ein krasses Gegenbild dar: Sie vereinen die schier unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Mensch und Natur, Licht und Dunkel, Fremden und Freunden ... Erzeugen die Krippen damit nicht das nostalgische Trugbild einer heilen Welt, bei dem einem zwar für einige Augenblicke warm wird ums Herz, das aber leider nicht alltagstauglich ist?

Aus der Sicht des Glaubens wollen die Krippen so nicht verstanden werden. Freilich, sie wollen Gegenbilder sein zu unserer Alltagswelt, aber nicht im Sinne einer naiv-heilen Welt in unserem umgangssprachlichen Sinn. Nicht heile Welt, sondern geheilte Welt wollen die Krippenbilder zeigen. Nicht zufällig heißt es in einem Lobgebet der

weihnachtlichen Liturgie: "Er, Christus, heilt die Wunden der ganzen Schöpfung, richtet auf, was darniederliegt, und ruft den verlorenen Menschen ins Reich des Friedens."

Recht verstanden sind die Bilder der Krippe keine Bilder der Nostalgie, sondern der Sehnsucht. Sie schauen nicht zurück, sondern nach vorne. Krippenbilder sind keine Bilder der Trauer um das verlorene Paradies, sondern der Hoffnung. So kann, so wird die Welt sein, wenn sich die Visionen des Jesaja erfüllen: die Steppe wird jubeln und blühen, der Wolf wohnt beim Lamm, Kuh und Bärin freunden sich an, und das Kind spielt vor dem Schlupfloch der Natter. Ein Bild des Friedens, der Ordnung und der Harmonie – trotz bleibender Unterschiede.

Wer aber garantiert, dass dieses Sehnsuchtsbild keine fromme Gaukelei ist? Der einzige Garant dafür ist das Kind in der Krippe. Es ist nicht nur die innere Mitte aller Krippenbilder, es ist auch das Fundament. Oft wird das Kind auf dem nackten Boden liegend dargestellt. Es ist der Boden der nackten Realitäten. An dieser Stelle berührt der Himmel die Erde. In Jesus selbst sind alle Weihnachtsbilder geerdet. Denn er hat sich den Realitäten gestellt – angefangen vom Stallgeruch. Er hat sich Krankheit und Bosheit gestellt, der eigenen Verfolgung und Folter bis in den Tod. In allem hat er festgehalten an seiner Vision vom Reich Gottes, dem Reich des Friedens und der Liebe. Und Gott, der Vater, hat diese Vision bestätigt, indem er seinen Sohn nicht im Tod gelassen hat. Das Grab wurde zur Wiege des neuen Lebens.

Wenn wir in den weihnachtlichen Tagen vor einer Krippe stehen, dürfen wir daran denken, dass wir nicht nur zurückschauen auf das, was damals in Bethlehem geschah, sondern ebenso vorausschauen auf das, was Gott der Welt verheißen hat.

Diese Verheißung ist keine Sache des Sankt Nimmerleins-Tags. Sie hat bereits Wurzeln geschlagen in unserer Zeit. Die neue, geheimnisvolle Ordnung Gottes wächst überall da, wo jemand dem Kind in der Krippe Glauben schenkt. Wer sich an Jesus und seiner Botschaft orientiert, dessen Leben wird sich ordnen und er wird mit dazu beitragen, dass sich unsere Welt neu zu ordnen beginnt nach dem geheimnisvollen Plan Gottes.

Dr. Stephan Ackermann, Weihbischof der Diözese Trier